

Energie Control Austria
Rudolfsplatz 13a
1010 Wien

Energie-Control Austria
Posteingangsnr. 21857
Eingelangt am 1. Dez. 2013
Aktenzahl
VST FO RA Spm Tschl VW GAS ÖKO STR
Original: am; Kopie: Jan
6p-
er

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen, BearbeiterIn

Mag.Tü/sch/48115

Klappe (DW)

39202

Fax (DW)

100265

Datum

27.11.2013

Koordinierter Netzentwicklungsplan (KNEP) 2014 – 2023; Langfristige Planung 2013 (LFP) für das Verteilergebiet Ost

Der Österreichische Gewerkschaftsbund dankt für die Übermittlung der Entwürfe des Koordinierten Netzentwicklungsplans (KNEP) 2014 – 2023 und der Langfristigen Planung 2013 (LFP) für das Verteilergebiet Ost und nimmt wie folgt Stellung:

Sowohl der Koordinierte Netzentwicklungsplan 2014 – 2023 als auch die Langfristige Planung 2013 für das Verteilergebiet Ost liefern den MarktteilnehmerInnen Informationen darüber, welche wichtigen Infrastrukturprojekte in der Periode 2014 bis 2023 erweitert oder erreicht werden sollen bzw. welche Investitionen bereits beschlossen sind. In ihrer Funktion als Marktgebietsmanager hat die Gas Connect Austria gemäß § 63 Abs. 1 Gaswirtschaftsgesetz (GWG 2011) in Koordination mit den Fernleitungsnetzbetreibern und unter Berücksichtigung der langfristigen Planung heuer zum zweiten Mal diesen koordinierten Netzentwicklungsplan erstellt. Die Austrian Gas Grid Management AG hat – ebenfalls zum zweiten Mal – in ihrer Funktion als Verteilergebietsmanager für das Verteilergebiet Ost eine Langfristplanung für die Verteilerleitungsanlagen gemäß Anlage 1 des Gaswirtschaftsgesetz 2011 erstellt. Die Langfristplanung für die Marktgebiete Tirol und Vorarlberg bezieht sich nur auf den zukünftig erwarteten Kapazitätsbedarf an den Grenzkoppelungspunkten.

Die Investitionsprojekte im Rahmen des Koordinierten Netzentwicklungsplans und der Langfristigen Planung müssen gemäß § 22 Abs. 6 Gaswirtschaftsgesetz 2011 der Regulierungsbehörde zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Genehmigung führt dazu,

dass die damit verbundenen Kosten im Rahmen der Festlegung der Systemnutzungsentgelte gemäß § 69 ff Gaswirtschaftsgesetz 2011 anzuerkennen sind. Diese Kosten sind somit schlussendlich über die Systemnutzungsentgelte von den Netzbenutzern zu finanzieren.

Insofern nimmt der Österreichische Gewerkschaftsbund den Stand der gesetzlich vorgegebenen Arbeiten bzw. Vorbereitungen zur Kenntnis.

Allerdings stellt der Österreichische Gewerkschaftsbund fest, dass damit lediglich eine technische Darstellung eines angebots- und nachfrageseitig gestützten Plans vorgelegt wurde. Gemäß § 63 Abs. 3 Z. 3 Gaswirtschaftsgesetz ist es Zweck der Planungsarbeiten einen Zeitplan für alle Investitionsprojekte vorzulegen. Und gemäß § 63 Abs. 6 Gaswirtschaftsgesetz sind bei der Erstellung dieser Pläne *insbesondere* die technischen und wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten zu berücksichtigen.

Gerade die wirtschaftlichen Zweckmäßigkeiten sind in den Plänen nicht näher ausgeführt, insbesondere die voraussichtlichen Projektkosten und allenfalls die Finanzierungspläne. Hervorzuheben ist weiters, dass hinsichtlich der Umsetzung der Investitionsprojekte innerhalb der zu genehmigenden Zeitpläne ohnehin ein größeres Maß an Unsicherheit deshalb besteht, weil bei der Durchführung vor Ort jederzeit mit Verzögerungen bei den ohnehin schwierigen Genehmigungsverfahren bis hin zu Anrainerprotesten zu rechnen ist.

Die Folgen all dessen berühren nicht nur die einzelbetriebliche Ebene sondern ziehen infolge der Unsicherheit Kostensteigerungen und bei größeren Projekten allenfalls negative gesamtwirtschaftliche Auswirkungen nach sich.

Mit vorzüglicher Hochachtung


Dr. Sabine Oberhauser
Vizepräsidentin




Mag. Bernhard Achitz
Leitender Sekretär